



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

14.06.1932 (Nr. 125)

LNZ

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle Papenstraße 15. Redaktion Langenstraße 48. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 18 bis 19 Uhr. — Fernspr. Domesh. 258 78.

Die LNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1.00 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Auslieferung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gespaltene mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Zeitl. RM 0.50, auswärts RM 0.70, Stellengesuche RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06, Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Einzelpreis 15 Pfennig

Dienstag, 14. Juni 1932 • Nummer 125

Einschalten!

Gregor Straßer
spricht heute 19.00—19.30 Uhr
im Rundfunk

über:
„Die Staatsidee des Nationalsozialismus“

Das Erbe des Systems

Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um 23 Prozent / Umsatzsteuererweiterung

SPD. und Zentrum verantwortlich

Noch trennen uns über 6 Wochen von dem Tage, an dem das deutsche Volk das bislang herrschende System aus Deutschland hinauswerfen wird und schon hat eine Ungeheuerlichkeit gegen die nationalsozialistische Bewegung eingekehrt, deren Ungeheuerlichkeit sich jeder politisch denkende Mensch immer wieder klar machen muß, um zu einem richtigen Urteil zu kommen.

Brüning und das System stehen zur Debatte

In diesen Tagen wird eine neue Notverordnung zur Sanierung des Haushaltsplanes kommen, die für die weitere Volkswirtschaftsallerschwerste Belastungen bringt. Unsere Stellungnahme zur Notverordnungspolitik ist bekannt. Mit aller Entschiedenheit müssen aber alle demagogischen Verleumdungen zurückgewiesen werden.

Die Sozialdemokratie und Zentrum der Verantwortung für diese Notverordnung zu entlasten.

Diese beiden Parteien und ihre Vertreter in den Regierungen haben eine so hemmungslose Mißwirtschaft getrieben, daß die Finanzen des Reiches, der Länder und die Finanzen der Sozialversicherung ruhmlos verwirrt worden. Aber ein Zufall hat das System Zeit, jetzt, wo es zu spät ist, kommt man mit Verleumdungen und die moralische Presse schreit nicht vor der Niedertracht zurück, die nationalsozialistische Bewegung für diese von der SPD. und Zentrum verurteilte Notverordnung verantwortlich zu machen. Der neue Reichsarbeitsminister hat in wenigen Tagen festgestellt, daß sich

in der Sozialversicherung eine Vorkonzentration breitmacht

hat, die einen großen Teil der auskommenden Beiträge verschlingt. Diese geradezu verberberische Politik des Systems, unter dem das ganze Volk seit 13 Jahren unglücklich leidet, läßt sich nicht an einem Tage und mit einem Schlag beseitigen und das deutsche Volk wird es sich einfach nicht gefallen lassen, daß jetzt die Verantwortlichen dieser Katastrophe, die von uns seit Jahren vorausgesehen worden ist, sich von den Folgen ihrer Politik und Ministerialpolitik feige in die Opposition flüchten. Nicht die Regierung Papen, sondern die Regierung Brüning und das System stehen zur Debatte. Das darf keinen Augenblick vergessen werden.

Vom gleichen parteidemagogischen Abfichten ließen sich die drei gemäßigten Ministerpräsidenten der süddeutschen Staaten Bayern, Baden und Württemberg zum einer

Zentrumsrevolte gegen Hindenburg

verleiten, als sie ohne Vertrauen des Volkes sich zum Sprecher ihrer Länder aufwarfen und gegen Hindenburg zu Felde zogen, den sie vor kurzer Zeit als den besten Garant ihrer Politik ansprachen. Man wollte in Berlin eine Einheitsfront Süddeutschlands vortäuschen, die sehr schnell zerbrach, denn einmal hat 3. B. der württembergische Finanzminister erklärt, daß Hindenburg von Bayern in dieser Aktion überzogen worden sei

und zum andern haben die nationalsozialistischen Landtagsfraktionen keinen Zweifel daran gelassen, daß das Vorgehen ihrer Ministerpräsidenten jeglicher Vollmacht entbehrt.

Die aggressive Art, in der 3. B. der bayrische Ministerpräsident Dr. Held dem Reichsarbeitsminister, von dem im übrigen niemals die Rede war, an der Grenze verhaften lassen, beweist, daß sich hier

ärgerliche Parteipolitik eines verantwortlichen Ministers bis hart an die Grenze separatistischer Bestrebungen

hineinreißt. Dieses Spiel ist umso beschämender, als die Frage des Reichsfinanzministers für Preußen überhaupt nur dadurch akut geworden ist, daß das preussische Zentrum nicht gewillt ist, den parlamentarischen und demokratischen Grundsätzen der Weimarer Verfassung zu folgen, nachdem die Nationalsozialisten in Preußen die härteste Reaktion geworden sind. Das gleiche Zentrum also, das sich in der Person von Dr. Held so entehrt, wäre verantwortlich für die Einführung eines Kommissars.

Obwohl emporwärtend sind die Anschuldigungen des Staatsrates Schäffer, Vorsitzender der Reichlichen Volkspartei, der in München erklärte, daß ein Sieg der nationalsozialistischen Bewegung einem Siege der Inflation gleich käme. Diese bewußt betriebene Inflationstheorie kann nicht ohne weiteres angeprangert werden und wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie das Wort von Dr. Held aufgreift und

einen Mann verhaftet, der volkswirtschaftlichen Landesverrat betreibt.

Die eben angelegten Vorgänge beweisen, welchen Weg die Systemparteien im kommenden Basistage einschlagen beabsichtigen, nachdem ihnen auf Grund ihrer Mißwirtschaft jegliches sachliche Argument genommen ist. Wir erinnern noch in diesem Zusammenhang an den großausgelegenen Prozeß Abel, der mit einer Zuchthausstrafe für diesen Verleumder endigte, sehr zum Verger derer, die diesen Hochapfel als Kronzeugen

gegen die deutsche Freiheitsbewegung auspielten wollten.

So sehr diese Machenschaften jeden anständig empfindenden Deutschen empören, so erheiternd wirken zugleich die Bemühungen gewisser Leute in Deutschland, aus den

Trümmern der Mittelparteien neue Gruppchen zu bilden.

die dann alle zusammen kaum die Aussicht haben, ein einziges Mandat nach Hause zu tragen. Wir brauchen schon gestern die Meldung, daß sich die Volkspartei weiterhin auflöst und wir können heute berichten, daß die Wirtschaftspartei zusammen mit den Resten der Volkspartei, der Staatspartei und des Hanjabu n des einen neuen Verein aufmachen wollen, dessen Führung sie Herrn Dr. Edener übergeben wollen, der seiner bisher von ihm vertretenen Sache damit schwerstens Abbruch zufügen würde. Aber eine neue sozial-liberale Partei verfügen wir bereits ebenfalls und wir könnten uns vorstellen, daß sich noch weitere Gruppen vielleicht unter dem Sammelnamen ideal-national oder sozial-kommunal vielleicht radikal-verteilt oder sonstigen Kombinationen zusammenfinden. Bei dieser kindischen und kindlichen Betätigung ist nur zu befürchten, daß die notwendige Einseitigkeit dieses Wahllampens getrübt wird und nicht von jedem klar zu erkennen ist, daß es sich in den kommenden Auseinandersetzungen nur darum handelt, ob das bisherige System in seiner reaktionären vorkriegsorientierten Gewaltpolitik fortzuführen soll oder ob endlich die schöpferischen, volksbildenden Kräfte der deutschen Freiheitsbewegung das Schicksal der Nation in aufwärtsführende Wege leiten kann. Alle anderen Betätigungen und Überlegungen gehen an den Wesentlichen vorbei und es wird unsere Aufgabe sein, in diesem Wahlkampf mit noch nie dagewesener Eindringlichkeit die Fronten herauszustellen, die sich den Entfesselungskampf liefern müssen, von dessen Ausgang die Zukunft des deutschen Volkes abhängt.

• art.

Die neuen Lasten Der Inhalt der neuen Notverordnung

Berlin, 13. Juni. Die Berliner Presse bringt folgende Zusammenfassung der bevorstehenden in Einzelheiten bereits bekanntenen neuen Notverordnung:

1. Zu der Arbeitslosenfürsorge sollen erhebliche Einsparungen im Gesamtbetrag von 520 Millionen vorgenommen werden. Die Sätze der drei Unterföhrungsstufen werden daher einander erheblich angenähert und im wesentlichen auf den untersten Satz, den der Arbeitslosenversicherung bedeutet. Bei der Arbeitslosenversicherung bedeutet eine Senkung um 23 v. H., bei der Arbeitslosenunterstützung um 15 v. H. Weiter heißt es, daß die Sätze der Wohlfahrtsunterstützung außerdem um 15 v. H. gesenkt werden sollen. Der Charakter der Arbeitslosenversicherung als Versicherung wird im wesentlichen aufrechterhalten. Es wird

eine Bedürftigkeitsprüfung eingeführt, die allerdings erst nach sechsmonatiger Unterföhrungszeit vorgenommen werden soll. In der Arbeits- und Wohlfahrtsfürsorge wird die Bedürftigkeitsprüfung unbefristet sein.

2. Auch nach diesen Einsparungen fehlen für die Zwecke der Arbeitslosenfürsorge noch rund 400 Millionen, die durch eine besondere Abgabe für Arbeitslosenhilfe aufgebracht werden sollen. Die Kriegslohnsteuer, die schon progressiv gestaffelt ist, wird mit der Abgabe für Arbeitslosenhilfe in Höhe von 1 1/2 v. H. zusammengelegt. Die neue Steuer wird also insgesamt betragen für Einkommen bis zu 3600 Mark 2 1/2 v. H., bis 4200 Mark 3 v. H., bis 6000 Mark 3 1/2 v. H. u. s. w. Der höchste Satz beträgt 6 1/2 v. H. bei Einkommen von mehr als 36 000 Mark

im Jahr. Die Beamten zahlen eine einheitliche Steuer von 1 1/2 v. H.

3. Zur Deckung der Reichssteuern wird eine Salzsteuer in Höhe von 20 v. H. mit einem Jahresertrag in Höhe von 40 Mill. eingeführt. Außerdem wird bei der Umsatzsteuer die Freigrenze für Umsätze bis 5000 Reichsmark aufgehoben.

4. Die Kriegsschuldigenrenten werden gestiftet, aber nur in Fällen geringerer Bedürftigkeit, also je nach dem Familienstand und nur bei Leichtbeschädigten. Außerdem soll die Reichsregierung endgültig auf das von der Regierung Brüning geplante Arbeitsbeschaffungsprogramm verzichten und aus diesem Grunde auch die von Brüning in diesem Sinne genommene Prämienanleihe fallengelassen haben

Infame Hetze zusammengedröchen

München, 13. Juni. Im Abel-Prozeß spielte das Gutachten des medizinischen Sachverständigen in der Feststellung, daß der Angeklagte Abel ein moralisch halbtoller, phantastischer und minderwertiger Psychopath mit hysterischen Zügen sei. Er gehöre zu dem Typus der Hochstapler, denen es zur Befriedigung ihrer Deutungsucht auf Unwahrscheinlichkeiten nicht ankomme. Der Staatsanwalt kam in seinem Plaidoyer zu dem Ergebnis, daß die eidliden Erklärungen Abels sowohl in der Angelegenheit des Gareis-Mordes wie auch im Prozeß Hitler-Graefe wegen der angeblichen italienischen Gelber Hitlers sich als völlig unwahr herausgestellt haben. Abel sei ein gemeiner, fählicher Lügner. Der Staatsanwalt des antragte eine Gefängnisstrafe von 5 Jahren Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre und Erklärung dauernder Lebensunfähigkeit. Außerdem beantragte der Staatsanwalt die sofortige Entlassung eines Haftbefehls, da wegen der zu erwartenden hohen Strafe Fluchtgefahr bestehe.

3 Jahre Zuchthaus für Abel

Das Urteil.

München, 13. Juni. Nach mehrstündiger Beratung verurteilte das Gericht im Abel-Prozeß am Montag kurz nach 23 Uhr folgendes Urteil:

„Abel wird wegen schweren Verbrechen des Meineides zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren Zuchthaus abzüglich der erlittenen viermonatigen Untersuchungshaft und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.“

Das Gericht hält den Angeklagten in den verschiedenen Aufnahmepunkten für überführt. Es war die Frage zu prüfen, ob dem Angeklagten § 51 ausgehört werden könne. Diese Frage hat das Gericht sowohl auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens, wie auf Grund eigener Aufschauung verneint. Die Frage, ob Abel wissenschaftlich oder fähig gehandelt hat, wurde in ersterem Sinne bejaht, da der Angeklagte Zeit hatte, sich die Sache zu überlegen. Strafschwerer wirkte, daß Abel schon wegen ähnlicher Verurteilung vorbestraft und sein Meineid schwere Prejudizgründe auf Hitler zur Folge hatte.“

„Süddeutsche Einheitsfront“

Mit großem Aufwand haben die drei Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg und Baden versucht, die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit von ihrem eigenen verfassungswidrigen Treiben weg auf die Regierung in Berlin zu richten. Sie, die alle sich auf keine Mehrheit stützen können und die entgegen der Verfassung die größte Partei, die deutsche Freiheitsbewegung von der Macht ferngehalten haben, erhoben ein großes Geschrei, als die Rede davon war, in Preußen einen Reichstagsminister einzusetzen. Man bildete eine Einheitsfront und verfuhr dann auf dem Wege über den Reichspräsidenten die „gefährdeten Belange Süddeutschlands“ wieder einmal zu retten.

Abgesehen davon, daß man nicht den geringsten Einwand erhob, als Herr Brüning noch ähnlichere Pläne erdacht, scheint es nun auch um die Einheitsfront nicht allzuweit zu stehen:

Die „Süddeutsche Zeitung“ ist am 13. Juni zu folgender Erklärung ermächtigt:

„Das aufsehenerregende Telegramm, das die drei süddeutschen Staats- und Ministerpräsidenten gemeinsam aus Karlsruhe mit der Bitte um Empfang an den Reichspräsidenten gerichtet haben, ist ohne vorherige Benachrichtigung des württembergischen Staatsministers abgefaßt und an die Presse gegeben worden. Die Mitglieder des Staatsministeriums sind vor einer vollendeten Tatsache gestellt und erst nach Ablauf des Telegramms zu einer Sitzung eingeladen worden. In der Sitzung sind sie unterrichtet worden über die bei der Konferenz in Karlsruhe in Anwesenheit des Führers der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäfer, besprochenen und den Reichspräsidenten vorgelegten Punkte. Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Der deutsche nationale Finanzminister Dr. Brüning hat gegenüber einzelnen Punkten seine abweichende Auffassung ausgesprochen.“

Erste Sitzung des Oldenburgischen Landtages

Oldenburg, 14. Juni. Die erste Sitzung des neu gewählten Oldenburgischen Landtages bringt als konstituierende Sitzung zunächst eine vorläufige Bildung des Landtagsbüros (Vizepräsident und vorläufiger Schriftführer), dann die Feststellung des Wahlergebnisses durch den Landtag und hierauf die eigentliche Wahl des Präsidiums.

Reichshaushalt 1,2 Milliarden niedriger als 1931.

Berlin, 13. Juni. Wie gemeldet wird, wird der Reichshaushalt in Einnahme und Ausgabe mit etwa 8,2 Milliarden ansetzen. Er werde damit rund 1,2 Milliarden niedriger liegen als der Haushalt des Jahres 1931. Der Haushalt gilt rückwirkend ab 1. April, umfaßt also formell das ganze Haushaltsjahr. Die Reichsstaatskassen wollen am kommenden Montag ihre Beratungen beginnen. Am Sonnabend, den 25. Juni, oder spätestens Montag, den 27. Juni, solle dann der Gesamthaushalt in einer öffentlichen Vollversammlung des Reichstages verhandelt werden. Erst dann werde der Haushalt von der Reichsregierung durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden, so daß er rechtzeitig am 1. Juli in Kraft treten könne.

Dummheit oder Unverschämtheit?

Fortsetzung des Memelstreits vor dem Haager Gericht.

Den Haag, 13. Juni. Nach vierstägiger, auf Antrag des litauischen Vertreters erfolgter Unter-

Milderung der Presseverordnung

Berlin, 13. Juni. Der Reichsinnenminister Freiherr von Gahl teilte am heutigen Montag bei einer Besprechung mit, daß er beabsichtige, in der bevorstehenden innenpolitischen Notverordnung die Presseverordnung zwar nicht ganz aufzuheben, wohl aber wesentlich zu mildern. Eine Verschärfung von Zeitungen soll künftig überhaupt nicht mehr erfolgen. Wenn bisher Zeitungen verboten wurden konnten mit der Begründung, daß sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdeten, so soll dieser Verbotgrund für die Zukunft wegfallen. Dafür soll als neuer Verbotgrund gelten, wenn Zeitungen oder Zeitschriften lebenswichtige Interessen des Reiches durch Veröffentlichung oder Verbreitung unwahrer oder entstellter Nachrichten zu gefährden. Diese Bestimmung hat vor allem den Schutz der auswärtigen Interessen des Reiches und der Landesverteidigung im Auge. Die Verbotsschriften sollen um die Hälfte herabgesetzt werden.

Die Notverordnung wird die Möglichkeit einer Vorfalleinrichtung für eine Zeitung aufrechterhalten. Es soll aber, wenn es sich um eine Entgegnung handelt, diese Entgegnung auf 300 Worte beschränkt bleiben.

brechung, hat der Ständige Internationale Gerichtshof am Montag das öffentliche Verfahren im Memelstreit fortgesetzt. Der litauische Vertreter gab sich rechtlich Wähe, die Ausführungen des englischen Vertreters zu entkräften, stellte dabei allerdings Behauptungen auf, die in schärfster Weise auf den Ausgang der letzten Wahlen abzielen. So behauptete er, daß es sich bei dem Memelgebiet um ursprünglich litauisches Gebiet handle, daß die Mehrheit der Bevölkerung des Memelgebietes litauisch sei. Auf das Memelstatut und die Memel gewährte Autonomie eingehend erklärte Edgitauskas gegenüber den Ausführungen des englischen Vertreters, daß das Memelstatut nur einige unvollständige Bestimmungen verfassungsgemäß der Art enthalte, zu seiner Auslegung habe die litauische Verfassung herangezogen werden müsse. Seine Ausführungen gipfelten in der bekannten litauischen Behauptung, daß der Gouverneur nicht nur den Präsidenten des Direktoriums ernennen und die vom Landtag beschlossenen Gesetze verweigern, sondern auch den Landtag verengen oder auflösen könne. Der Präsident des Direktoriums, so behauptet er, das Vertrauen des Gouverneurs haben, woraus dessen Recht zur Festsetzung des Präsidenten folge. Dienstag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

„Die Abrüstungskonferenz ist noch nicht tot!“

Genf, 13. Juni. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hielt am Montag vor einer Abordnung privater internationaler Verbände für die Abrüstung eine Rede über den Stand der Abrüstungskonferenz. Er sagte dabei: Die Abrüstungskonferenz ist auf große Schwierigkeiten gestoßen. Dennoch ist sie noch nicht tot. Sie hat zum Teil sogar ihre Aufgabe erfüllt, da es kein verantwortlicher Staatsmann heute mehr wagt, zu erklären, daß sein Land vollständig abgerüstet ist. Eine einfache Beschränkung der Rüstungen auf den gegenwärtigen Stand ist heute völlig un-

Anßerdem kann Bezahlung für die Aufnahme der Entgegnung verlangt werden.

„Stunde der Reichsregierung“

Berlin, 13. Juni. Reichsinnenminister Freiherr von Gahl hat im Einvernehmen mit dem Reichspostminister bestimmt:

„Die Reichsregierung behält sich vor, den deutschen Rundfunk täglich eine halbe Stunde nach Bedarf in Anspruch zu nehmen, um die Öffentlichkeit über ihre Ziele und Absichten zu unterrichten. Für diese Sendungen, die vom Deutschland-Sender ausgehen und von allen anderen deutschen Sendern übernommen werden müssen, kommt die Zeit zwischen 18.30 und 19.30 Uhr in Frage. Mit der Durchführung ist die „Druck“ beauftragt worden.“

Beröffentlichung Dienstaachmittags

Berlin, 13. Juni. Die Notverordnung der Reichsregierung über die finanzpolitischen Fragen wird im Laufe des morgigen Nachmittags der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

nehmbar. Eine wesentliche und allgemeine Herabsetzung der Rüstungen wird heute immer heftiger von der öffentlichen Meinung in der Welt gefordert. Der Augenblick der unermesslich gewordenen großen Entscheidungen ist jetzt gekommen. Die Regierungen der Großmächte allein können den Abrüstungsverhandlungen den notwendigen Antrieb geben.

Davon, daß Deutschland vollständig abgerüstet ist, scheint der Herr Präsident der Abrüstungskonferenz nichts zu wissen; wie soll es dann erst den anderen bekannt sein? Oder will Henderson etwa die noch nicht 100 000 Gewehre der Reichswehr als Rüstung bezeichnen?

Erste Maßnahmen in Chile

Santiago, 13. Juni. Wie aus Santiago de Chile gemeldet wird, hat anstelle des zurückgetretenen Dr. Davila der Oberst bei der Píezegruppe, Marmaduke Grobe die Führung der chilenischen Junta übernommen. Die chilenische Regierung hat eine Verordnung erlassen, die den ersten Schritt zur Verstaatlichung des Erziehungswezens und der Theater darstellt. Ferner sieht die Verordnung die Einsetzung eines Ausschusses vor, der die gesamte chilenische und ausländische Presse zu überwachen hat.

Neuwahlen in Rumänien

Bukarest, 13. Juni. Die heutige Nummer des Amtsblattes bringt die Verordnung über die Auflösung des Parlaments. Die Kammerwahlen werden am 17. Juli, die Senatswahlen am 20. Juli stattfinden. Das neue Parlament tritt am 30. Juli zusammen.

Flämischer Erfolg

Brüssel, 13. Juni. Die Kammer nahm am Freitag in erster Lesung den Gesetzesentwurf über die Flämisierung der Volks- und Mit-

telesschulen in Flandern an. Dieser Entwurf hatte seinerzeit die Ministerkrisis hervorgebracht.

Wollenberg wieder auf freiem Fuß

Berlin, 13. Juni. Das Polizeipräsidium teilt mit: „Die Schriftleitung des „Angriff“ überlieferte, wie sie in ihrer Ausgabe vom 11. Juni ankündigte, am 10. Juni 1932 nachmittags dem Polizeipräsidium Material, das nach ihren Angaben von dem Redakteur Wollenberg von der „Roten Fahne“ herrührt. Wollenberg und Erdner wurden deshalb zur Klärung der Angelegenheit zum Polizeipräsidium gebracht. Erdner wurde wieder entlassen. Gegen Wollenberg ergab sich der Verdacht einer fahrenden Beteiligung an Gewalttätigkeiten. Die kriminalpolizeiliche Untersuchung ergab aber auch gegen Wollenberg kein hinreichendes Beweismaterial, so daß auch von seiner Festnahme abgesehen werden mußte.“

Wir müssen bekennen, daß wir es nicht anders erwartet haben von dem Berliner Polizeipräsidium der Herren Gozinski und Weis und müssen uns nur wundern, daß man sich überhaupt die Mühe gemacht hat, Erdner und Wollenberg nur vorübergehend zu verhaften.

Ein gefälschtes Kaiser-Interview

London, 13. Juni. Die „Sunday Times“ bringt ein angebliches Interview mit dem früheren deutschen Kaiser in Doorn, das in maßgebenden Stellen als eine glatte Fälschung bezeichnet wird.

Flucht aus dem Sowjetparadies

Paris, 13. Juni. In Marseille trafen an Bord eines französischen Dampfers 300 russische Emigranten ein, denen es gelungen ist, aus Sibirien über die Mandchurie zu flüchten. Die Flüchtlinge bekundeten übereinstimmend, daß das Leben in Sowjetrußland vollkommen unmöglich geworden sei.

Kleine Politik

Die Reichsregierung beabsichtigt, den Schiedsspruch für den Ruhrbergbau für verbindlich zu erklären und damit an der Zartpolitik der vorigen Reichsregierung festzuhalten, was in Unternehmungskreisen ein heftiges Aufsehen erregt hat.

Die sächsische Zentrumspartei beabsichtigt, Dr. Brüning die Spitzenkandidatur zu Sachsen anzubieten.

Die bayerischen Zentrumzeitungen schreiben übereinstimmend, daß von einer Wiedervereinigung der Gegenseite zwischen dem Reich und den süddeutschen Staaten nicht die Rede sein könne, und daß diese jede Verantwortung für die Notverordnung ablehnen müßten.

In Hagen begann die Verhandlung gegen den ehemaligen Generaldirektor Horst der Hagener Straßenbahn, bei der sich wegen fahrlässiger Gefährdung eines Fahrgasttrag von 669 000 RM. ergeben hatte.

Macdonald und Herriot werden am Mittwoch in Lausanne eintreffen, wo am Abend die erste Besprechung stattfinden wird.

In Paraguay wurde am Sonntag Gusebio Agaba zum Staatspräsidenten gewählt.

Außenpolitische Beobachtungen

Italien:

Periode französische Italiäner zu italienischen Lebensanfrage

Jeder Schritt Italiens, der zu einer Steigerung seines politischen Ansehens führt, erweckt in Frankreich ein Gefühl des Unbehagens. Neuerlich ist dies wieder anlässlich der Eingekerkelung der italienisch-türkischen Beziehungen der Fall. So bemerkte der Temps, der dem französischen Außenministerium nahesteht, zu den letzten Nachrichten über ein italienisch-türkisches Einvernehmen:

Damit hätte Italien ja nun die angestrebte Möglichkeit der Erneuerung seines Lebensraums. Es sei natürlich, daß Staaten mit geringer Bevölkerungsbildung und großer Ausdehnung einige Opfer bringen. Zu diesen Staaten gehöre die Türkei. Es gäbe wenige Länder, wo noch so viel zu tun sei in der Erschließung der unterirdischen Bodenschätze und in der rationellen Organisation von Handel, Industrie und Landwirtschaft. Gegenden, die dort noch in einer Verfallung wie vor tausend Jahren. Wenn daher die junge türkische Republik ihre Tore italienischer Einwanderung weit öffnen würde, so könnte dies nur die glücklichen Folgen für den sozialen Aufstieg und die Lebenskraft der Türkei haben.

Wer die Weltgeschichte der neuen Türkei nur halbwegs kennt, weiß, daß die türkische Regierung augenblicklich alles daransetzt, um sich von europäischen Risse und Bevormundung frei zu machen. Anmerkungen wie die des Temps sind daher nur geeignet, das Vertrauen der Türkei zu erschüttern.

Daß solche Wirkung vom Temps beabsichtigt war, geht daraus hervor, daß in der gleichen Woche folgende Nachricht durch die französische Presse lief: Die Große Türkische Nationalversammlung hat ein Gesetz beschlossen, das im Grund darauf hinausgeht, den Ausländern die Ausübung irgendeines Gewerbes oder eines Berufes in der Türkei so gut wie völlig unmöglich zu machen. Den Ausländern ist eine Frist von sechs Monaten gewährt, ihre bisherige Beschäftigung aufzugeben.

Mit Recht nehmen italienische Pressestimmen scharf gegen das hier aufgezeigte französische Treiben Stellung.

Chile:

Marxistische oder nationalsozialistische Revolution?

Die Umwälzung, die am 5. Juni eine Regierungswechsel in Chile bewirkte, hat in der Welt wesentlich größeres Interesse wachgerufen, als es sonst bei den nicht gerade seltenen südamerikanischen Revolutionen der Fall zu sein pflegt. Die neue chilenische Regierung bezeichnete sich nämlich als „sozialistisch“, wobei sie gleichzeitig ankündigte, daß sie einschneidende Änderungen an der Verfassung des Landes herbeiführen würde; bolschewistische Experimente lehne sie jedoch ab. Durch die geplanten Reformen soll vor allem der Ausbeutung der Bevölkerung durch das Großkapital ein Ende bereitet werden, soll weiter die Masse der Bevölkerung günstiger Lebensbedingungen erhalten. Das Ziel deß sich also an sich mit dem Ziel des Nationalsozialismus. Wir verbinden aber damit die Forderung einer geistigen Erneuerung

im Volksgedanken, die seelische Abkehr von der materialistisch-individualistischen Einstellung eines entarteten Liberalismus. Daß auch die Pläne der chilenischen Regierung in diese Richtung gehen, dafür liegen Nachrichten einflussreich nicht vor.

Die Wirtschaftslage Chiles ist gleich der Deutschlands außerordentlich schwierig. Trotz des das Land bei einer Bevölkerung von 4 500 000 Einwohner einen Flächenraum um die Hälfte größer als Deutschland besitzt, reicht bei dem fast gebirgigen Charakter der anbaufähigen Boden nur knapp aus, die Bevölkerung an eigenem zu ernähren. Die wirtschaftliche Lage Chiles beruhte früher auf seinen reichen Lagern an Salpeter und Kupfer. Seit der Entdeckung des flüssigen Salpeters ist jedoch die Nachfrage nach natürlichem stark zurückgegangen; infolge der allgemeinen Wirtschaftskrisis sank auch die Nachfrage an Kupfer. Dabei sind die großen Anlagen durchwegs in der Hand von Ausländern. Nebenher läuft eine sehr starke Verdrängung des Landes, besonders an nordamerikanischen Geldgebern.

Der Drei-Männer-Anschluß, der am 5. Juni die Regierung Chiles übernahm, findet unter diesen Umständen eine sehr heikle Aufgabe vor. Einem der neuen Staatsführer, dem langjährigen Generalen in Washington, Don Carlos Dávila, wird jedoch ausgezeichnete Sachkenntnis auf dem Gebiet des modernen Wirtschaftslebens nachgerühmt.

Man darf vermuten, daß Chile unter den südamerikanischen Staaten bei dem Versuch nicht allein bleibt, auf neuer wirtschaftlicher Grundlage sich von der Ausbeutung durch das internationale Bankkapital freizumachen. Liegt doch dieser Versuch durchaus auf der Linie, auf der sich schon seit längerem

der Faschismus in Italien und der Nationalsozialismus in Deutschland bewegen. Verdienen die Vorgänge in Chile schon deshalb besondere Beachtung durch uns, so kommt dazu, daß Chile stets auf freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland Wert legte und auch für die Ausbildung seiner Armee, wie die französische Presse aus Anlaß des chilenischen Umsturzes betont, immer deutsche Instrukteure heranzog.

China:

Die blutigen Verluste in den Kämpfen um Schanghai

Mit Ende Mai haben die Japaner ihre letzten militärischen Kräfte aus Schanghai und Umgebung weggezogen, die dort zu der Strafexpedition gegen China eigens eingesetzt gewesen waren. Es befinden sich nunmehr nur noch die bauernd zum Schutz der internationalen Niederlassung bestimmten Truppen in Schanghai. Anlässlich dieses Abzuges der Epizode von Schanghai gibt die chinesische Regierung die blutigen Verluste bekannt, die ihre Streitkräfte bei den Ende Januar entbrannten Kämpfen erlitten haben. Es sind dies: Tot: 214 Offiziere, 4 000 Mann. Verwundet: 617 Offiziere, 11 153 Mann. Zum Vergleich dient, daß die deutschen Verluste an Toten, Verwundeten und Vermissten in der Schlacht von Sedan 465 Offiziere und 8 430 Mann betragen haben.

Ein „Isolier Konflikt“, wie die Terminologie des Völkerechts die Kämpfe von Schanghai nannte, ist also heute mehr Opfer, als die Entschiedenheitsentscheidung des deutsch-französischen Krieges von 1870-71. Dafür ist aber jetzt „der Weltkrieg“ abgeschafft.

Der „Devaheim“-Skandal

In dem jetzt zur Verhandlung gekommenen Prozeß gegen die von dem Zentralrat der für innere Mission gegründete „Devaheim“ (Deutsche Evangelische Heimstätten-Gesellschaft) sind Dinge an das Tageslicht getreten, die höchst bedenkliche Äußerungen und Verfehlungen der gewöhnlichen Kreise sind. Da steht als Hauptangeklagter Pastor Cremer, den der theologische Fakultätsrat schmäht, vor Gericht. Es wird festgestellt, daß er als Vorsitzender des Ausschusses ein Jahresentkommen von 22 000 RM. gehabt habe. Daneben hat er aus dem Professionskonto der „Devaheim“ (Deutsche Entschuldigungs- und Jüdischen-Ärztengemeinschaft), einer Tochtergesellschaft der „Devaheim“, 20 000 RM. erhalten, von denen D. Cremer behauptet, daß er sie zur Abtragung von „Verpflichtungen“, über deren Zweck er aber nichts sagen möchte, verwendet habe. Weiter sind ihm einmal nach einer Krankheit für einen längeren Krankenhaufenthalt 3 000 RM. bewilligt worden. An Autopfeifen und für Anschaffung von Wagen hat er in 2 Jahren 6 Monaten „nur“ 60 000 RM. gebraucht.

Außen Pastor D. Cremer steht Pastor M. A. L. er, Mühlheim, der Vorsitzende des Ausschusses der Jüdischen-Ärztengemeinschaft in Mühlheim, mit der die „Devaheim“ in engen geschäftlichen Beziehungen stand. Von ihm wird bekannt, daß er mit seiner Familie einen Krankenhaufenthalt in dem vornehmsten Bad Deutschlands, Heiligenhafen, genommen und zu diesem Zweck 3 000 Reichsmark von der Jüdischen-Ärztengemeinschaft erhalten habe. Er entschuldigt diese hohe Summe damit, daß er in Heiligenhafen habe großen Aufwand machen „müssen“, denn „wer Heiligenhafen kennt, weiß, daß man nicht in Mühlheimer Kleidung mit den hohen Herrschaften verkehren kann“. Außerdem habe er von den 3 000 RM. auch Ausgaben für andere Ausschickungsmittel gehabt. Er selbst habe, da er Temperenzler und kein Fleischesser sei, persönlich keinen Luxus (?) geübt.

Außer diesen beiden hauptsächlich bisher in dem „Devaheim“-Prozeß hervorgerufenen Vertretern kirchlicher Kreise wird noch der Name des Pastors D. H. J. genannt, auf dessen Namen sich im November 1930 drei Zahlungen über insgesamt 7 000 RM. mit dem Buchungsbetrag „Provision Ziel“ vorfinden. Und dahinter taucht noch eine Reihe von Namen aus der „Inneren Mission“ auf. Es kommt nämlich zur Sprache, daß D. Cremer „Schwarze Fonds“ zur Verfügung hatte, aus denen er etwa 10 000 RM. Unterhaltungen an Mitarbeiter der „Inneren Mission“ gegeben, die Quittungen darüber aber im Jahre 1930 vernichtet (!) habe. Die Namen der Empfänger möchte er nicht angeben!

Nach aus diesem Prozeß strafrechtlich letzten Endes herauskommen, was will, jedenfalls ist er ein Skandal ersten Ranges für bestimmte kirchliche Kreise. In diese dunklen Dinge muß schonungslos hineingeleuchtet und der Augenschein gründlich ausgespart werden, soll die gesellschaftliche nicht unermesslichen Schaden erleiden.

„Neues Deutschland“

Italienische Stimme über den Führer.

In einem kurzen Überblick über die letzte Entwicklung in Deutschland nimmt ein „Popolo d'Italia“ Parata noch einmal Stellung zum Nationalsozialismus unter der Überschrift „Neues Deutschland“. Der italienische Journalist schreibt u. a.:

„Von den Wahlen in Preußen bis zur Auflösung des Reichstags sind kaum zwei Monate vergangen und es ist voranzugehen, daß noch vor Ablauf eines weiteren Monats das deutsche Volk eine neue, und zwar „natürliche“ Regierung haben wird. Der „natürliche“ Prozeß der logischen, demokratischen Entwicklung hat seinen Reizus-Gebilde befreit, führt zu sich selbst zurück. Hitler bedeutet keinen „Sprung ins Dunkle“. Er ist das natürliche Ende eines nicht mehr unüberwindlichen natürlichen Entwicklungsprozesses der Nation. Es ist die historische und menschliche, ethische und politische Wirklichkeit, die sich von künstlichen Fesseln befreit und zum Licht zurückkehrt.“

Deutschland, das sich selbst wiedergefunden hat, wird auch seinen Weg wiederfinden. Es schreitet nicht zurück, es schreitet vorwärts. Ein neues Deutschland, das sich zu seinem Bewußtsein und seiner Kraft, seiner Würde und seiner Verantwortlichkeit zurückgefunden hat, das seine Rechte und Pflichten, seine nationalen und internationalen Funktionen sich bewußt ist, wird das Element des Friedens und des Gleichgewichts in Europa sein müssen und wird es sein.“

Judenflucht vor Hitler

Der „Daily Express“ läßt sich für seine Ausgabe vom 7. Juni von seinem Berliner Korrespondenten folgendes melden:

„Mit Bayern dazu ausserhalb, die Zustände der hiltlergegnenden Elemente in Deutschland zu werden? Die Entwicklung der letzten Zeit scheint in dieser Richtung zu verlaufen.“

Ich höre, daß zwei radikale Wochen-
schriften von der hiltlergegnenden Tendenz

Der Meineids-Prozeß Abel

Kleinmalereien aus einem Hochstaplerleben

München, 10. Juni. Der letzte Vernehmungstag begann mit der Feststellung, daß Herr Meinel, der „Heil“ des Vorstands, plötzlich dringend nach Berlin verreist sei. Es erhob sich niemand zum Zeichen der Trauer.

Jedemjemand hatte gestern in dem fürchterlichen Gedränge vor dem Sitzungssaal Herrn Abel „angehoben“. Um dessen wertvolle Person bei Gesundheit zu erhalten, wurde ihm ein eigener Gang, der von Polizei beschützt ist, zugewiesen. Wir hoffen, daß er auf diese Weise das Ende des langen Prozesses noch erleben wird.

Darauf schritt man zur Vernehmung Zudenborffs, der langsam und gemessen den Saal betrat. Für diejenigen, die ihn im Jahre 1931 zuletzt gesehen, war er sehr, sehr alt geworden. Er lehnte zunächst die christliche Eidesformel ab und belundete dann, daß Abel einmal, aber auf keinen Fall öfter, mit Graf Schwerin bei ihm war. Zudenborff selbst war natürlich nie bei dem Angeklagten in dessen Wohnung, „auf Besuch“. In den Besuch eines italienischen Offiziers bekannte sich der General nicht erinnern. Abel behauptete trotzdem, noch einmal allein bei Zudenborff gewesen zu sein und schilderte die Stürmische, die der General angeblich habe „ufo“, bis ihn der Vorsitzende unterbrach und Zudenborff trocken bemerkte: „Ich glaube, daß diejenigen Herren, die bei mir waren, einen größeren Eindruck von dem Besuch hatten, als ich.“ Er blieb bei seiner Erinnerung an einen einmaligen Besuch.

Die dann anschließende nochmalige (dritte) Vernehmung des Untersuchungsrichters Hoff hatte die Klärung der Persönlichkeiten der Familie Wiglorati zum Ziel und brachte eine endlose Debatte zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger, der sich gerade auf das Unwissenschaftliche besonders zu verlassen pflegt. So verhandelte man längere Zeit über den Jertum des Herrn Verteidigers, daß Gumppe die italienische Lieberhebung des Namens Jacob sei, diese rechtshäufige Unbeliebbarkeit fand erst ein Ende, als der Staatsanwalt sehr energisch wurde.

Als dritter Zeuge erschien der frühere Untersuchungsrichter Dr. Wintersberger, um über das selbe Thema zu berichten. Die Voruntersuchung gegen Abel läuft ja bekanntlich seit Anfang 1930!

Nach einer Pause wurde das Protokoll der Vernehmung des Grafen Schwerin verlesen. Dessen war der Angeklagte, der sich damals als Sohn eines Admirals ausgab, von vorn-

herin nicht gehener. Er lernte Abel in Königsberg kennen, in ihm auf dessen Einladung ein paar Tage mit auf sein Gut, ließ ihn aber dann alsbald wieder ab und gab ihm dazu noch das Reisegeld nach München. Schwerin ist ein Führer des österreichischen vaterländischen Kartells gewesen. Er war einmal in München mit Abel bei Zudenborff, von Wiglorati hat er nichts gehört. In den Vorbereitungen des Putzsches war er nicht beteiligt. Er erzählte dem Abel erst in München, daß er auch politische Interessen habe. Einen Sitzungsbericht über die angebliche Besprechung in der Schellingstraße kann er seiner Erinnerung nach nicht bekommen haben.

Der Verteidiger wollte Widersprüche im Protokoll festgestellt haben; verzichtete jedoch auf Lobung des Grafen Schwerin zur Aufklärung.

Es wurden sodann aus dem „Völkischen Beobachter“ vom 6. Juli und 8. Februar 1930 Artikel zur Meineidsanzeige verlesen, hierauf die drei in den Jahren 1920, 1927 und 1930 gegen Abel gefällten Urteile wegen Betrug (6 Monate Gefängnis), Münzverbrechen (6 Monate Gefängnis) und Verleumdung (100 RM. Geldstrafe). Zusammen mit dem Betrugsdelikt war er wegen Hochverrats bestraft worden, jedoch, wie aus der Urteilsbegründung hervorging, „seiner minderen Veranlassung wegen“ mit Milderung. Er hatte einen Schneidermeister in raffiniertester Weise um 14 000 RM. geschädigt, trug Offiziersuniform und Orden (E. K. I. und Johannekreuz) und gab sich als Graf Schwerin aus.

Provoftatüre und Spittel vor den Sitzungs-
sälen!

Zum Schluß der Vormittagssitzung kam prompt ein neuer Beweisbeitrag der Verteidigung: Ein Mann aus dem Zuschauer-raum habe sich zum Beweis erhoben, daß im Zuschauer-raum selbst und vor dem Sitzungssaal von angeblichen Nationalsozialisten Anmerkungen gefallen seien wie: „Diesem System schreibe ich jeden Meineid!“ und „Wenn es kein muß, dann werde ich zwischen 8-9 Uhr alle die Eide widerrufen, die ich zwischen 7 und 8 Uhr geschworen habe.“ Aus diesem Material wollte der Verteidiger die Meineidsbereitschaft der Nationalsozialisten, also auch Adolf Hitlers, ableiten, eine neuerliche Unverfrorenheit, der das Gericht durch Ablehnung des Vortrages entgegentrat, da Anmerkungen im Zuschauer-raum für die Verhandlung unerheblich und unwissenschaftlich sind.

Vorbereitungen getroffen haben, um ihren Sitz von Berlin nach München zu verlegen.

Zugleich erzählt mir ein jüdischer Bankier, mit dem ich befreundet bin, daß eine große Anzahl jüdischer Geschäftskreise, die von der antisemitischen Tendenz der kommenden Hitler-Herrschaft erschreckt sind, ihre Wohnsitze und, wenn irgendwie möglich, ihre geschäftlichen Hauptquartiere nach der bayerischen Hauptstadt verlegen.

In Preußen und den übrigen nördlichen und mittleren Teilen Deutschlands ist die Macht Hitlers von Tag zu Tag mehr wachsend.“

Die Meldung des englischen Blattes ist wohl so aufzufassen, daß die jüdischen Staatsbürger zufällig deutscher Staatsangehörigkeit sich allmählich an solchen Orten sammeln, wo sie glauben, schnell und unauffällig über die Grenze entweichen zu können.

Wir haben es ja dazu!

Jahr 1932 hat Deutschland als Vertragskollekt für den Völkerverbund 2 157 100 RM., d. h. 152 500 RM. mehr als im Vorjahr zu bezahlen! Dafür dürfen wir auch das herabgehende Bewußtsein haben, daß aus diesen Beitragssummen bereits die Stenotypistinnen in Genf ein befehlendes Monatsgehalt von 800 RM. erhalten, während im verarmten Deutschland die Not und die Verzweiflung immer weiter um sich greifen. Es geht doch nichts über die Schatzkammer des deutschen Volkes!

Französischer Aufmarsch an der Pfälzer Grenze

Strasbourg, 13. Juni. In elbisch-lösunglichen Kreisen ist große Beunruhigung durch Zusammenziehung starker Truppenmassen in der Gegend von Wisch, also an der Grenze zur Pfalz, entstanden. Den beteiligten Soldaten ist erklärt worden, daß diese Manöver einen Monat lang dauern würden. Die Aufrüstung im Lande ist so stark geworden, daß auch ein heftiges linksbürgerliches Blatt, das der Partei Herriots nahesteht, sich veranlaßt sieht, öffentlich davon zu sprechen. Es richtet an die Regierung die Frage, was es mit dieser auffälligen Truppenzusammenziehung für eine Bewandnis habe. Es gingen milde Gerüchte von Wiederbesetzung des Rheinlandes oder einem neuen Krieg um. Deshalb müsse man offen fragen, ob man in Paris in irgendeiner Weise mit Gefahren von deutscher Seite rechne. Welche z. B. die Gefahr einer Revolution in Deutsch-

land, so daß man die Grenze abriegeln muß, oder mußte man mit einem nationalsozialistischen Putz rechnen, der über die Grenze Wellen schlagen könnte? Das Blatt versichert, daß ihm Herriot als Chef der Regierung Gemäße vor aggressiven Maßnahmen liege, aber gerade die Bevölkerung im Grenzland dürfe fragen, was diese eigenartigen Vorkehrungsmaßnahmen auf sich hätten. Der Aufsatz schließt mit dem Satz: „Man hüte sich vor der Provokation, vor der von außen, aber auch vor derjenigen im eigenen Land.“

Bücherlich

NS-Frauenwarte neu!

Soeben ist die erste Nummer der mit Bildmaterial reich ausgestatteten, vielseitigen, parteiamäßig anerkannten NS-Frauen-Warte erschienen. Sie ist von allen Kreisen der nationalsozialistischen Frauen mit Ungeduld erwartet worden. Die Nachfrage ist sehr stark.

Belieferung: Ortsgruppen bestellen unter 100 Stück bei ihrer Gau-Frauenwirtschaftlerin, von 100 Stück aufwärts bei der Abteilung Presse der NS-Frauenwirtschaft (Deutscher Frauenorden) München, Brannes Haus. Einzelpersonnen werden sich wegen Einzelnummern an ihre zuständige Ortsgruppe bzw. Bezirks- oder Gau-Frauenwirtschaftlerin. Die Gau-Frauenwirtschaftlerinnen und die über-

100 Stück bestellenden Ortsgruppen, sowie die Buchhandlungen rechnen nach jeder Nummer mit der Abteilung Presse bei der Reichsleitung der NS-Frauenwirtschaft (Deutscher Frauenorden) München, Brannes Haus, ab.

Verbeholdt mit Prämie find bei den zuständi-
gen Gau-Frauenwirtschaftlerinnen und mit der
obigen Adresse anzufordern.

Aus aller Welt

Stürzender Ast erschlägt ein Kind.

Hamburg, 13. Juni. Auf dem Schulhof der früheren Realschule Weidenstieg hatten am Montag mittag Unterhaltungssempfänger Aufführung genommen, um ihre Unterhaltung in Empfang zu nehmen. Ein durchgefallener starker Ast einer im angrenzenden Hofe stehenden Linde, der in den Schulhof hineinragte, fiel plötzlich auf die wartende Menge. Ein sieben Monate altes Kind, das eine fleischigartige Frau auf dem Arm trug, wurde am Kopf getroffen und getötet. Neun weitere Personen wurden verletzt und mußten in ein Krankenhaus überführt werden, konnten jedoch zum größten Teil nach kurzer ärztlicher Behandlung wieder entlassen werden.

Eigenartiger Erpressungsversuch.

Frankfurt a. M. In der Holzhäuserstraße wurde in einem Vorgarten ein Karton mit einer Brieftaube sowie ein an einen Konjunktürierte Erpresserbrief gefunden, in dem verlangt wurde, der Empfänger solle in kürzester Frist die Taube fliegen lassen, nachdem er ihr an jedes Bein einen Taubenmarkstein gebunden hätte. Die benachrichtigte Polizei ließ die Taube fliegen, die durch zwei Polizeifolger verfolgt wurde. Die Taube ging aber bald wieder und fiel in einen fremden Taubenstall. Die weitere Verfolgung mußte zunächst abgebrochen werden, doch ist die Taube in ihren heimatischen Schlag zurückgeführt, und der Abfender benachrichtigt den Konjunktürierte, daß er die Folgen der Verurteilung der Polizei zu tragen habe.

Schließlich gelang es doch, den Erpresser zu verhaften. Es handelt sich um einen 68-jährigen Mann, der angibt, daß er den eigenartigen Erpressungsversuch unternommen habe, um zu Geld zu kommen, da sein Anwesen fast verschuldet sei.

Deutscher Missionar in der Mandschurei ermordet.

München. Nach einer Meldung aus St. Petersburg ist der Propädist der Mission Ost in der Mandschurei, Vater Konrad Rapp, in Tairongtong von Räubern ermordet worden. Der Missionar dürfte nach Tairongtong gereist sein zur Bestätigung zweier dort stationierter Vater, die kurz nacheinander an Typhus starben. Auf dem Wege zur Station muß Vater Rapp von den Räubern ermordet worden sein. Der ermordete Missionar ging 1925 in die ostasiatische Mission.

Spuren von Hans Bertram?

London, 13. Juni. Einer Meldung der „Exchange“ aus Perth (Australien) zufolge, haben Eingeborene etwa 150 km nördwestlich von Wundahm Spuren des deutschen Fliegers Hans Bertram und seines Begleiters gefunden. Sie entdeckten dort Fußspuren von zwei weißen Männern und fanden eine Zigarettenbox mit den Buchstaben H. B., auf der einige deutsche Worte in einem Kegel eingegraben waren, sowie ein Zigarettenstumm. Die Behörden haben veranlaßt, daß sofort die Suche nach Bertram und seinem Begleiter, die am 15. Mai von Koepang nach dem östlichen Teile von Timor aufgebrochen waren, durch ein Flugzeug aufgenommen wird.

Abessinien's Kaiser wieder gefangen.

Berlin, 14. Juni. Der ehemalige abessinische Kaiser Idi Ajuu, der vor einer Woche nach 17jähriger Gefangenschaft geflohen war, ist nach einer Meldung aus Kairo von den Truppen des Kaisers Haile Selassie wieder gefangen genommen worden.

Zwei Schiffsunglücke

Norwegischer Dampfer gestrandet

Kopenhagen, 13. Juni. Der norwegische Fracht- und Passagierdampfer „Jel“, ein ganz neues Schiff von 1800 Tonnen, ist auf der Fahrt von Hamburg nach Oslo mit Passagieren und Frachtgut an Bord bei heftigem Wetter vor Seemälen südlich von Grenaa gestrandet. Das Schiff ist sofort voll Wasser. Auf einen Funkpruch hin bezog sich der dänische Bergungsdampfer „Garm“ zur Unglücksstelle.

Die Schiffbrüchigen werden heute die Rettung nach Frederikshavn mit dem Zug forschen und dort an Bord des dänischen Passagierdampfers „M. S. Melchior“ genommen werden, der sie dann nach Oslo bringen wird. Die Lage des gestrandeten Dampfers ist sehr kritisch. Weitere Ber-

gungsdampfer sind an die Strandungsstelle gefahren, um die wertvolle Ladung an Bord zu nehmen. Das Schiff steht in südlichem Südquadrant und Passagierverkehr zwischen Hamburg und Oslo. Es wurde 1929 in Christianland erbaut und hatte eine Besatzung von 26 Mann.

Englischer Fischdampfer gesunken

London, 13. Juni. In der Nacht zum Montag stießen bei dichtem Nebel der norwegische Fischdampfer Barg und der englische Fischdampfer „Holly“ in der Nähe der Årlandbucht zusammen. Der englische Dampfer sank sofort. Die Mannschaft konnte im letzten Augenblick von dem Norweger, der nur geringen Schaden erlitten hatte, an Bord angenommen werden.

Aus Bremen Stadt und Staat

„Bremer Roland“

Unter Leitung des bekannten Gießpiloten Ed. Jach wurde vor zwei Jahren die Bremer Flieger-
schule ins Leben gerufen, und zwar in Auf-
trag an die Untergruppe „Bremer Fliegerbund“
des Bremer Vereins für Luftfahrt. Das Haupt-
gewicht wurde auf die Ausbildung im Motorflug
gelegt. Für diesen Zweck steht die Gode-Wulf-
Maschine vom Typ „D 1617“, „Komet“ zur
Verfügung. Mit diesem Flugzeug wurden bis
heute 3600 Schulflogen geleistet. Selbstver-
ständlich ist, daß die Flugschüler nach abgelegter
Flugprüfung als ausgebildete Sportflieger ge-
sehen. Sie haben die Berechtigung, eine zweifache
Sportmotorflieger zu führen und dürfen, allerdings
aufgeregungsmäßig, d. h. ohne jede Entschä-
digung einen Flugplatz betreten. Die Kosten be-
trafen sich für die Ausbildung einschließlich Ver-
sicherung und Beitrag für den D. L. V. auf rund
600 RM. Die Selbstkosten für die Flugstunden
betrugen somit etwa 30 RM. Während beim elf-
jährigen Schüler eine Pilotenprüfung besteht, für die
Zahl der Schüler reicht die eine Maschine nicht
mehr aus, so daß man an den Deutschen Luft-
fahrtverband herantreten muß, um seinen Ver-
bänden ein zweites Flugzeug zur Verfügung zu
stellen. Dieser Forderung wird sich der D. L. V.
umso weniger verschließen können, als er von den
Piloten für die nicht unerhebliche Beiträge liefert.
Vor kurzem wurde ein von Gieseler erbautes Ge-
seßflugzeug, Typ „Kassell 20“, der „Bremer Rol-
and“, in Dienst gestellt. Der „Bremer Roland“
wird von der Gode-Wulf-Maschine in Schlep-
 genommen und hat bereits Höhen von über 1000
Meter erreicht. Die 30 Mitglieder zählende Ge-
seßfliegergruppe betreibt mit anderen zum Teil
selbstgekauften Flugzeugen natürlich auch den
Gummibandflieger. Zusammenfassend läßt sich
sagen, daß die Bremer Fliegerschule unter Ed-
ward auf dem Wege ist, eine führende Stellung
innerhalb der deutschen Sportfliegerei einzuneh-
men.

Rundfunk frei für die
NSDAP.

Heute, 19 Uhr, spricht

Gregor Strasser

auf der Deutschen Welle über: „Die Staatsidee
des Nationalsozialismus“. Rundfunk frei für die
NSDAP. Hören Sie den Sprecher des kommen-
den Deutschlands, das mit dem Eingriff in den
Rundfunk bereits zur Wachbühnenphase schreitet.
Die Rundfunkredakteur Gregor Strasser wird heute
abend im Tivoli-Garten übertragen. Es konzerti-
ert außerdem die NS-Kapelle. 10 Uhr abends
Wiederholung der Rede auf Schallplatten.

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
Tägliche Fahrten ab Bremerhaven
ab 18. Juni nach Holgoland, ab 19. Juni nach Wangerooge
Sommerfahrtsfahrplan 19. - 29. Juni
Bremen-Holgoland RM. 8,50
und zurück
Fahrkarten u. Auskunft durch die Vertriebs- des Nordd. Lloyd

Sturm auf die Betriebe!

Amiswallerlagung der NSBO. Bremen

Es war eine Arbeitstagung im besten Sinne
des Wortes, zu der die Bremer Amiswaller der
NSBO, am Sonntag zum ersten Male zusamen-
traten. Sie trug jenes nationalsozialistische Ge-
präge, das unsere Veranfassungen so völlig von
denen aller anderen Organisationen und Be-
wegungen — soweit es heute überhaupt noch
außerhalb der NSBO, etwas gibt, das man als
Bewegung bezeichnen könnte! — abhebt. Keine
weltweisigen und fruchtlosen Debatten, kein
„Geschäftsordnungsmäßiges“ Geschwätz, keine nä-
hernde Kritik: Ein klares und nüchternes Um-
reißen der Aufgaben, ein Appell an jene Opfer-
willen und jene Disziplin, die unsere Bewegung
groß gemacht haben, ein Heil dem Führer, der
die Porten zum Deutschen Morgen aufgerissen
hat — und ernst und ruhig geht es wieder an
die Arbeit, getragen von der unerbittlichen Ge-
wichtigkeit des kommenden Sieges.

Die Entlastung der schwersten und bedeutungs-
vollsten Aufgabe fällt jetzt unseren Kameraden im
Betriebe zu: Die Gewinnung des letzten
deutschen Arbeiters. Die bürgerlichen
Parteien sind zusammengebrochen, reiflos und end-
gültig erledigt sind die gepregelten Heufen, die
sich jetzt in panischen Schreden zusammenbrängen
und nach einer rettenden Plattform Ausschau hal-
ten, sie werden den Gang der deutschen Dinge
nicht mehr aufhalten, werden das Ernennen der
Nation nicht verhindern!

Jetzt gilt es auch den letzten deutschen Arbeiter
für Deutschland zu gewinnen. Überall ist es
uns gelungen, breite Brechen in die marxistische
Front zu schlagen und weil wir an Deutschland
glauben und weil wir wissen, daß Deutschland
im Aufbruch ist, darum glauben und wissen wir
auch, daß, wie in jenen Tagen des August 1914,
Deutschlands armster Sohn kein getrennter sein
wird. Und dieser Glaube gibt uns die Kraft zum
letzten Kampf, in dem es gilt, Deutschlands besten
Söhnen wieder ein Vaterland zu geben!

Die gut besuchte Amiswaller-Versammlung
wurde vom Leiter der NSBO, Fg. Müller,
eröffnet, der die Versammelten — Amiswaller
der NSBO, und Sektionsführer der Partei —
beglückte und eindringlich darauf hinwies, daß in
Bremen

noch ein weit größeres Verhängnis

für die NSBO, und ihre Arbeit aufgebracht
werden müsse. Fg. Müller schilderte dann den
Aufbau der NSBO. Er erinnerte daran, daß
jeder Parteigenosse durch Anordnung der Reichs-
leitung versetzt sei, Mitglied der NSBO, zu
sein, soweit er Arbeitnehmer ist und daß in Zu-
kunft jeder darauf geachtet werden würde, daß
diese Anordnung auch durchgeführt wird.

Der Aufbau der NSBO, untergeordnet sich von
dem der Partei darin, daß auch Sympathisanten
aufgenommen werden können und weiter darin,
daß die NSBO, den Willen nur auf die Arbeit-
nehmer richtet, deren Erhaltung und Organi-
sierung ihre Arbeit gilt!

Bei den kommenden Reichstagswahlen muß es
gelingen, eine entscheidende Breche in die
marxistische Front zu schlagen. Voraussetzung
dafür ist der Ausbau der NSBO.

Dann nahm der Gauleiter der NSBO, Fg.
Diedermann, Oldenburg, das Wort zu

einer eingehenden und fesselnden Darlegung der
politischen Lage und der für die kommenden
Wochen zu erwartenden Ereignisse. Nach einer
Schilderung des deutschen Wirtschaftszustands wies
er darauf hin, daß die liberalen und marxistischen
Parteien seit Jahrzehnten im Arbeiter die Auf-
fassung großgezogen hatten, daß da, wo er Geld
und Arbeit finde, auch sein Vaterland sei. Jetzt
verneigten sie ihm beides nicht mehr zu geben.
Darum die große Erschütterung in den Reihen
des Marxismus und das Abbröckeln der roten
Front! Die Gewerkschaften haben verjagt, haben
weder dem Wirtschaftszustand Einhalt geboten noch
die täglich fortschreitende Verelendung des deut-
schen Arbeiters aufhalten können. Der Klassen-
kampf, den sie predigen, hat dem Arbeiter nicht
nur nichts genützt, er hat vielmehr zur Zer-
störung der Nation beigetragen und zur Herbei-
führung jener Zustände, die wir heute haben. Im
Interesse der internationalen Finanzmächte wur-
den Deutsche gegen Deutsche, Arbeiter
gegen Arbeiter, ja, sogar Arbeiter gegen
Marxisten gehetzt, um jene Uneinigkeit zu
schaffen, die der Katastrophe der Völ-
ker ihr dunkles Gesicht ermöglicht! Wir wollen
die deutsche Arbeiterschaft zusammenführen und
sie in die Nation einfügen.

Die Wäcker der Revolution von 1918 haben
erklärt, daß von nun an alle Staatsgenossen vom
Volk ausgehe und predigten Freiheit, Gleichheit
und Brüderlichkeit. Soweit sie ehrlich an das
Glaubten, so sie lehrten, haben sie vergessen, daß
die Lehren und Parolen der französischen Revo-
lution nicht für das deutsche Volk passen.

Jedes Volk hat seine eigenen Lebensgesetze
und deren Vernachlässigung trägt sich immer. Wie
hat die Entwürdigung all jenes Geschwätz von der
vom Volk ausgehenden Staatsgewalt, von Frei-
heit, von Gleichheit, von Brüderlichkeit, von
Schönheit und Würde widerlegt!

Fg. Diedermann legte dann die geschichtliche
Entstehung und Entwicklung des deutschen Arbeit-
ers dar. Schwere Schuld hat das Bürgertum
auf sich geladen, das in verächtlichem Dünkel und
Eigennutz den aufsteigenden Stand des deutschen
Arbeiters von sich ließ und einer unheimlichen und
volksfeindlichen Wirtschaftsauffassung huldigte.
Der Jude, der ewige Zerleger jeden Volkstums,
nutzte geschickt die Fehler des Bürgertums aus,
hegte den Arbeiter gegen das Bürgertum und das
Bürgertum gegen den Arbeiter.

Wir kämpfen für das Recht des Arbeiters, für
die Volksgemeinschaft und für eine Wirtschaftsauf-
fassung, die dieser Volksgemeinschaft dient,
statt sie zu zerschlagen. Adolf Hitler wird sein
Jota von seinem Programm abgeben.

„Deutschland wird sozialistisch sein oder es wird
nicht sein!“

Der inzwischen eingetragene Ortsgruppenführer,
Fg. Bernhard, begrüßte die Versammelten,
dankte ihnen für die bis jetzt geleistete Arbeit
und betonte in eindringlichen Worten, daß es
nicht nur darauf ankomme, Mitglieder zu werben,
sondern dem von Not und Sorge gequälten deut-
schen Arbeiter wieder Glaube und Vertrauen,
wieder Hoffnung und Zuversicht zu geben.

Dann sprach Fg. Heider (M. d. W.) über
die Gewerkschaften. In glänzender Weise ironi-
sierte er das völlige Unvermögen der meisten Ge-

werkschaftsführer, die Bedeutung dessen zu ver-
stehen, was sich jetzt abspielt. Durch lächerliche
tattische Winkelzüge und Zinsessen, durch Veräp-
flichung der „Ruhe“ und dergleichen Hinfällig-
keiten glaubt man das Rad der Geschichte zurück-
drehen, das Strafgericht abwenden zu können! Es
ist uns gelungen, die bürgerlichen Parteien zu
schlagen, dem Zentrum Sturm, der als un-
erschütterlich galt, tiefe Risse beizubringen. Aber
wir wollen

das ganze Volk

gewinnen. Dazu gehört — und nicht in letzter
Linie — der deutsche Arbeiter!

Die Gewerkschaften haben ihre ursprüngliche
Aufgabe, die Belange des Arbeiters zu vertreten,
längst aufgegeben. Sie vertreten nur noch die Be-
lange einer verfallenen Kongressliste und haben sich
mit dem Gesicht der SPD, auf Scheiß und Ver-
schleiß — das letztere bildet ihnen allerdings nur
noch! — verstanden. Die Kampftruppe des Marx-
ismus ist mangelnd geschwächt. Unsere Aufgabe
muß es sein, die Gewerkschaften wieder den Be-
langen des deutschen Arbeiters dienbar zu ma-
chen und sie in die Volksgemeinschaft einzufü-
gen.

Fg. Pfeister machte in kurzen Ausdrücken auf
das Vordringen der Systemparteien aufmerksam,
denen nach nicht 14 Tage im Amt befindlichen Ka-
binett von ihnen die Schuld an den verwerrenden
deutschen Verhältnissen zuzuschreiben. Wir werden
das neue Kabinett nach seinen Taten beurteilen,
aber der Versuch der bislang herrschenden Par-
teien, die verheerenden Folgen ihrer Minder-
schaft von sich abzuwälzen, muß mit Entschieden-
heit zurückgewiesen werden.

In seinem Schlußwort dankte der Fg. Müller
den Referenten, forderte zu eifrigerer Mitarbeit
auf — besonders jene Parteigenossen, die noch
keine Amiswaller in der Parteiorganisation find —
und schloß mit einem Heil auf unseren obersten
Führer.
Sg./

Bremer Seeverkehr im Mai

Der Seeschiffverkehr für fremde Rechnung
war im Mai mit 654.142 BRT, (in der Antunft)
um rund 50.000 BRT, oder 8 Prozent stärker als
im April, blieb jedoch um 104.000 BRT, oder
13 Prozent hinter dem Mai des vorigen Jahres
zurück. In den Monaten Januar bis Mai dieses
Jahres liefen insgesamt 3.182.393 BRT, ein-
gegen 3.437.814 BRT, im gleichen Zeitraum des
Vorjahres. Der Verkehr ist somit um rund
291.000 BRT, oder 8 Prozent zurückgegangen.
Im sechswöchigen Güterverkehr der fünf wichtigsten
Welterhöfen trat im Mai nach der Erholung im
Vormonat wieder Verkehrsabnahme ein, die in er-
ster Linie durch das Nachlassen der Getreidezu-
fuhr verursacht wurde. Einfuhr und Ausfuhr be-
trugen zusammen 366.100 t oder 17.100 t weniger

Schöne weiße Zähne

schon nach einmaligem Benutzen mit der herrlich erfrischend
schmeckenden „Chlorodont-Zahnpasta“, schreibt uns ein
Käufer. Tube 60 Pf. und 80 Pf. Versuch überzeugt.

WOLFGANG MARKEN
Drei-Eichen-Hof

VERHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU IN SA.

41. Fortsetzung

Er hatte allerdings inzwischen etwas unternom-
men. Eine ausgezeichnete Photographie des Drei-
Eichen-Hofs hatte er an seinen Vetter Helmer
Berghoff, einen bekannten Landschaftsmaler, ge-
schickt und ihn dringend gebeten, nach der Photo-
graphie ein Gemälde zu schaffen. Aber der Stro-
mer hatte bisher noch nichts von sich hören lassen.
Plötzlich klickten Schritte durch die Haustür.
Es klopfte, und kurz danach trat der Briefträ-
ger ein.

„Wagern miteinander!“ grüßte der Postart.
Dann padte er die Post aus.

Es waren verschiedene Briefe für Helga und
Sattler und auch zwei für Hans Berghoff.
Hans schloß Antias Auge auf sich, ruhen, als
er las.

Mit einem Male sah das Mädchen, wie Hans
ernst wurde.

Er hob den Brief zu den anderen und sagte:
„Nun hat das Jodl bald ein Ende. Nach der Hoch-
zeit werde ich den Drei-Eichen-Hof, auf dem ich
so schöne Wochen verbracht habe, verlassen müssen.
Die Pflicht ruft.“

Antia ergriff. Das Herz krampte sich zusam-
men. Jetzt ... jetzt war der Augenblick gekom-
men, vor dem sie bangte hatte: der Augenblick
des Scheidens.

Aber auch die anderen machten bedauernde Ge-
bärden.

„Das ist schade“, sagte Helga. „Wir hatten uns
so wunderbar mit Ihnen verstanden, es war im-

mer, als ob Sie für dauernd zu uns gehörten,
und nun kommt er doch einmal, der Tag, an dem
Sie Abschied von uns nehmen.“

„Ja ... leider!“ sagte Hans resigniert. „Glaube
Sie mir, Helga, die Wochen ... es sind ja
ein paar Monate, die ich hier zu Hause weile ...
sind unvergesslich schön, so voll inniger Harmonie,
wie sie mir noch nie beschieden waren. Aber Sie
müssen mir erlauben, daß ich einmal wieder bei
Ihren anknüpfen darf.“

„Jederzeit!“ stimmten Sie nach Wochen oder Mo-
naten wieder, immer werden Sie uns auf dem
Drei-Eichen-Hof willkommen sein. Lassen Sie uns
nicht zu lange warten.“

„Ein Jahr wird vergehen, denn ich muß eine
längere Reise antreten, aber große Wasser, nach
Südamerika. Aber zum nächsten Entschied bin ich
da. Mein Wort darauf.“

Antia hatte mit klopfendem Herzen alles gehört.
So sehr sie sich auch Wütze gab, unbefangenen
dreinschauen, es wollte doch nicht recht gelingen.

„Nächstes Jahr“, hatte er gesagt.

„Nächstes Jahr ...“ Klang es in ihrem Herzen
und, das sehr wußte, daß es nicht mehr der
blonden, wilden Antia gehörte, sondern daß es
Hans, dem Vater zu eigen war.

Der Abend war ernst und still.
Die Hochzeitsvorrede wurde durch das Schei-
den des lieben Gastes etwas gedämpft.

Antia und Elfe hielten Helga festlich bei der

Ausstattung. Sie sahen am großen Tisch, während
im Schornstein am Fenster bei der kleinen
Lampe die Männer zu dreien einen Satz spielten,
bei dem Vater Christian immer ein wenig mo-
gelte. Aber er tat das so drollig und aufwühlig,
daß die beiden anderen Männer immer beide
Augen andrehen, denn trotz allen Nögels ver-
lor Vater Christian immer.

Natürlich blieb er immer alles schuldig bis zum
nächsten Male, und beim nächsten Male war das
Alte immer vergessen. So spielten sie in der deut-
lich harmonischen Weise Satz miteinander.

„Vater Christian!“ sagte Hans leise, haben Sie
denn schon das Hochzeitsgeschenk für das junge
Paar besorgt?“

„Alles in Ordnung.“ schmunzelte der Alte.
„Ganz was Nöbels habe ich gebaut.“

„Was denn?“ fragte Hans mit gut gespielter
Neugierde.

„Wird nicht verraten!“ wehrte Vater Christian
ab. „Sie bringen's fertig und erzählen Hermann,
daß ich eine ... wunderbare Wiege gebaut habe.“

„Jit gut! Verraten Sie es nicht. Am Ende
können wir den Mann nicht halten.“

„Nun schlug sich der Gärtner auf den Mund.
„Ich bin in Ramel! Ich habe doch gesagt. Also
Wund halten, meine Herren!“

„Wir sind hümm wie Karpfen.“

Hans erhob sich.

„Schn aufpassen!“ fragte Sattler.

„Habe im Dorf noch was zu erledigen. Treffe
einen Bekannten, der mir was besorgt hat.“

„Wir gehen mit Ihnen. Ich trinke auch noch
ein Glas beim Schwemmoirt.“

„Abgemacht, kommen Sie mit.“

Die drei verabschiedeten sich und schritten abends
gegen die liebende Stunde dem Dorfe zu.

Als die drei Mädchen allein waren — die Frau,
die Braut und Mädchen — nahm Helga Antias

Sand.

„Antia“, sagte sie warm, „mach ein froheres
Gesicht! Wir können das Leben nicht aufhalten,
müssen es nehmen, wie es kommt. Finden aber
Nebenwunden! Ich glaube, daß die das Glück noch
einmal so leuchten wird wie mir und Elfe. Ich
glaube es fest.“

Antia seufzte auf.

„Du meinst es so gut, Helga! Ich ... ich
bin ja auch so glücklich. Aber es tut doch so weh,
daß wieder ein Mensch von uns zieht, der in un-
serem Kreise gelebt hat, als müsse er für immer
dagegen.“

„Du hast ihn lieb?“

Antia lachte den blonden Kopf bei Helgas glän-
zenden Worten.

„Hat er zu dir schon einmal gesprochen wie ein
Mann, der liebt?“

Wir waren Kameraden, gute, ehrliche Kameraden.
„Nein“, sagte Antia leise. „Ich bin ja so glücklich.“

Wie ist er so gewesen, wie sonst die Männer sind.
Er hat nie ein Wort von Liebe gesprochen. Drum
lebt keine Hoffnung in mir. Ich denke, wenn ein
Mann liebt, dann ... dann kann er nicht so
lange warten und warten. Dann nimmt er das
Mädel und küßt es, daß ihm Hören und Sehen
vergeht. Er hat ... es nie getan. Er war gut
zu mir, herzlich, wie ein Bruder ... aber nichts
mehr. Und drum ist alles Hoffen tot in mir.

Wer weiß, wer er eigentlich ist? Das wollen
wir von ihm? Nichts, nichts, als daß er frei und
unabhängig, daß er vermag ist.“

„Er ist gewiß sehr reich“, warf Elfe ein. „Er
braucht nicht zu rechnen.“

Antias Druck ging schwer.

„Ich wünschte, er wäre noch ärmer als ich! Ich
hätt' das Geld, seine Stellung, all das steht
zwischen mir und ihm.“

(Fortsetzung folgt.)

 **Kampfband "Niederhachsen"**

KONZERT

der Fiedel Nienmann-Kapelle (Leitung:
Kapellmeister Fr. Nienmann) im Kaffee-
haus am Emmasee (nur bei gut. Wetter)

Am Mittwoch, den 14. Juni 1932, 20 Uhr

Eintritt: Km. 0,25

MARSCHMUSIK Die Spielleute wirken mit

Verlangte

Junge Frau, 3½ Jahre
bei gelähmt. Dame
als Pflegerin tätig,
sucht gleichen Wis-
senschaftskreis, auch
stundenweise und
Nachtwachen.

Parteigenossen

senden sofort ihre Anschrift zum Ver-
ein der Hakenkreuzkrawatten direkt
ab Fabrik, größte Umsatzmöglichkeit,
rein arisches Unternehmen. Allein-
vertriebsstellen für Bezirke werden
vergeben, auf Wunsch Musterensendung
an Deutsche Krawattenfabrikation
Abt. I, P. g. Meißner, Berlin (Steglitz)

Judas Weltherrschaft auf dem Rücken mißbrauchter Arbeiter

Heinrich Heine als Prophet des jüdischen Weltkönigtums — Wie er Karl Marx unterstützte

Die Jüdischerz Heinrich Heines gegenüber der Religion ging bisweilen bis zum Sarkasmus gegen die angehängten Religionen, während die Jüdischerz in nationalen Fragen ihn nicht hinderte, heftige Schmähungen gegen Deutschland, sein Geburtsland, auszusprechen. Plötzlich erscheint nun dieser, jener zwei am tiefsten im Herzen der Menschen verankerten Gefühle bare Literat als ein bis zum glühendsten und aktivsten Eifer von beiden Beseitiger.

Diese Enthüllung erhellt aus einer, „Salustius“ getitelten Studie über „die geheimen Ursprünge des Volksweltismus“ der „Revue de Paris“. Alle Welt weiß, daß im Laufe der Jahrhunderte und seit seinem Untergang in der ganzen Welt, Israel hartnäckig die Hoffnung auf das Erscheinen eines Messias und zwar eines anderen als Jesus genährt hat, der ihm die Souveränität über alle Völker der Erde sichern würde.

Die im Talmudismus hypnotisierte und den Glauben an dieses Versprechen Jehovas in sich nährenden Rabbinerschaft Israels zeigt uns ein Bild dieses königlichen Israel. Am Ende eines aus dem größten Teil aus rabbinischen Familien stammenden Mannern zusammengefügten Gruppe auf den Einfall, eine neue Interpretation dieses Versprechens zu verfassen.

Nicht ein jüngerer Messias, sagt die „Revue de Paris“, sollte kommen, sondern ein von Schladens blutender, der unter den Rabbinen seines Kriegswagens die Nationen, die die Welt hätten, den Israel verprochenen Universalreich, das mit Worten von Stahl diejenigen regieren würde, die sich unterworfen hätten (siehe Gomperz, l. c. II, 2. B. 1), unterwerfen. Eingelassen und allein das jüdische, seiner bürgerlichen Überlegenheit bewußt gewordene Volk und nicht etwa irgend einer seiner Söhne, sollte bestimmt sein, die Welt zu besetzen und es unter das Joch der erwählten Rasse zu legen.

Die Gruppe von Israeliten, welche die Vision des von Gott selbst entsprochenen und in den heiligen Büchern Israels enthaltenen Versprechens eines Weltkönigtums, übernahm, gründete den geheimen „Union der Juden für Zivilisation und Wissenschaft“ genannten Bund.

Einer der begeisterten Adepten dieses Bundes, belehrt uns „Salustius“, war Heinrich Heine.

Er schloß, 23 Jahre alt, sich ihm am 4. August 1822. Und wenn er 1831 aus Deutschland vertrieben wurde, so geschah es wegen einer ganzen Serie demagogischer und antisemitischer Aufsätze, die er in den politischen „Münchener Anzeigen“ veröffentlicht hatte.

Nach Frankreich geflüchtet, schloß er sich dem „Saint-Simonismus“ an. Von sozialistischem Eifer verheißt, sagt Salustius, braudte nur irgendein revolutionärer Klub oder ein fortschrittliches Journal gegründet zu werden, um Heine zu veranlassen, zuzustimmen, zu lesen, zu hören und zu raten bis zu den extremsten Klugheiten, den denatralistischen Tendenzen verfallen.

Wen der Wunsch der revolutionären französischen Komitees genährte ihm nicht.

Er empfing herzlich die fremden Agitatoren, die in Massen nach Paris eilten;

er gab ihnen in Fälle Ermittelungen und nützliche Empfehlungen. Er liebte es zu sagen: „Ich freilege mein Rotwild.“ Die genannte jüdische Union empfahl ihm 1844 einen, der ihm volle Befriedigung gewähren sollte. Es war Karl Marx.

Es wurde H. nicht schwer, ihn in der von Arnold Rüge, damals Haupt Jungdeutschlands, eine der Sektionen des jungen Europas, welche Mazzini unter Mitwirkung des Carbonarismus und der Freimaurerei gebildet hatte, begründeten französisch-jüdischen Annalen einzuführen.

Die Empfehlung des neuemissionären Poeten sagt Salustius, öffnete Karl Marx weit die Pforten der französisch-deutschen Annalen.

Schon acht Tage nach seiner Vorstellung fand er sich der Direction der Revue affigiert und begann, zuerst vorsichtig, dann energischer, seinen Feldzug der „Gazette Rhénane“. Die Aneignung seiner Poeten durch das Publikum, das sie las, rechtfertigte seine geheimen Inspirationen.

Die Geheimkomitees, die die Revue Rüge verbreiteten, waren zum größten Teil aus Arbeitern gebildet; sie begeisterten sich leicht und blindlings an seinen dionysischen, für sie so neuen Doktrinen und akzeptierten die famose „Theorie des wahren Bienen“, Zerförmern jeden sozialen Friedens. Alljährig, ohne daß wurden die Annalen franco — allenfalls kommunal und bildeten Kommunitäten heran.

Das Fikante dabei ist, daß es Marx gelang, Rüge und die anderen, von Heine eingeführten Messiasisten aus der Redaktion zu vertreiben und durch diese Revue leicht die Führung der revolutionären Komitees in Deutschland zu übernehmen. Das war zu jener Zeit, als die Internationale fast in ganz Europa mit einer fast übernatürlichen Schnelligkeit gegründet wurde.

Aus Frankreich auf die Bitte der preussischen Regierung ausgewiesen, flüchtete er nach London. Aber bereits 1848 findet man ihn wieder in Paris im Augenblick der Julirevolution. Man stellt fest, daß er an den Geheimversammlungen des Generalstabes der Insurgenten die zu Paris die Kommune begründeten wollten, teilgenommen hatte.

Vor ein Freigeigert geogen, flüchtete er, in

flüchtete oder wenigstens deportiert zu werden. Seine intervenierte und garantierte für seine Unschuld. Wer hätte geglaubt, daß der elegante, in der besten Pariser Gesellschaft angelegene Dichter und elegante Dandy und Lebemann zu gleicher Zeit geheimer Komplize einer furchtbaren ökonomischen und sozialen Ketzerei war, die Hunderte von Jahren alten, talmudischen Spekulationen entpuppte war und dazu bestimmt, durch die Mitarbeit der geküßten mißbrauchten Arbeiter der ganzen Welt, die Weltherrschaft in die Hände einiger geküßter als Befreier der Handarbeit verteilten Adepten zu spielen. Es gelang Marx,

nach kurzer Inhaftierung mit falschen, zweifellos ihm durch Heine zugeflossenen Pässen versehen, nach England zu entweichen.

Dort konnte er sein gewichtiges Evangelium „Kapital und Arbeit“ ansarbeiten. Dieses letzte den französischen sozialistischen Ideen eines St. Simon, Fourier, Proudhon, die immerhin von einem patriotischen Gefühl erfüllt waren, seine Auffassung eine wilden, internationalen Sozialismus entgegen, der nur auf den Ruin der Nationen hingiet im Hinblick auf die Verwirklichung eines alten, messianischen Traumes. Dasselbe montil Bern! Ihr seid gewarnt!

Der neue Reichspressechef

Sein Stammbuch: Von Jakob Kim und Jzig Jettchen über den Kaiser von Brasilien bis Henry Porten.

Am 3. Juni übergab der bisherige Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung Ministerialdirektor Dr. Walter Jettchen sein Amt an den bisherigen Dirigenten der Presseabteilung, Vortragenden Legationsrat Dr. jur. Heinrich Ritter von Kaufmann-Meyer. Dieser ist 1882 geboren, im 2. Lebensjahre in die preussische Justizlaufbahn, wurde Königl. preuss. Gerichts-Rat und Leutnant d. R. im 2. Leibjäger-Regiment und machte dann nach den Novembertagen seine Karriere in der diplomatischen Laufbahn,

die ihn u. a. nach Rio de Janeiro führte, wofin sein Vorgänger Jettchen nimmere als Gesandter zugehen soll, falls seine Angehörigkeit zur Sozialdemokratie ihn nicht doch in letzter Stunde daran hindern sollte, denn auch die deutsche Kolonie in Rio ist so national gefimmt, daß sie sich nicht gern von einem Sozi als Gesandten betreten lassen möchte. Flaggengerechtigkeiten, Gründungen republikanischer Vereine der Reichsdeutschen, Brüstung der Nationalen u. d. sind ja die gewöhnlichen Folgen solcher Ernennungen.

Die Leitung der Presseabteilung übernimmt jetzt ein Volksheld. Er hat zwar den Ritteradel, ist evangelisch getauft, war Offizier, aber das ändert nichts an seinem Judentum. Sein Vater war der preussische Geheim-Regierungsrat, Professor an der Technischen Hochschule in Charlottenburg (1868) von Kaufmann-Meyer (geb. 1849, gestorben 1900), seine Mutter Marie geb. Elsbacher, Tochter des Ritters Kaufmanns Jakob von Elsbacher und der Emilie geb. v. Kaula, aus einer württembergischen jüdischen Bankiersfamilie, die Mitte des vorigen Jahrhunderts

als Geldpenderin nobilitiert und konvertiert wurde. Der Urgroßvater des neuen Pressescheffs war nach ein jüdischer jüdischer Handelsmann, der 1773 geborene Josef Kaufmann, der eine Josefa Wittenbach heiratete. Aber sein Sohn, der Großvater des Pressescheffs, war schon ein berühmter Mann. Er wurde Bankier in Köln a. Rh., Konsul von Paraguay daselbst, Rittergutsbesitzer

auf Wallerode und Ritter, in Wien 1870 mit dem Rittertitel geadelt, als Ritter des Ehernen Kronen-Ordens. Er durfte, 1871 auch in Preußen, den Namen Ritter von Kaufmann-Meyer führen, denn 1845 hatte er in Amsterdam die Tochter des reichen Tobias Meyer und der Karoline Jzig Jettchen, die 1827 zu Amsterdam geboren war, geheiratet. Vater Bankiers und Kaufleute aus Amsterdam, Köln, Stuttgart, Wien, lauter nur jüdische Namen, aber die Heie brauchten Geld und veräußerten das Reich und die konvertierten und gedachten Bankiers liehen ihre Söhne Vaterschaften in den besten Regiments werden und ihre Tochter maitzenordene Adelsmappen vergeben.

So wurde z. B. die Eugenie v. Kaula die Gattin des Barons Georg von Porten und die Joh. v. Kaula die Frau des Reichs-Ratsherrn und Schmelzmutter des Grafen Konrad Karl Sprell. Die Tante des neuen Pressescheffs Hetta (Henriette) Tochter des Reichs-Ratsherrn Ludwig von Kaufmann-Meyer und der Bianca von Dandau, Tochter des nobilitierten Jakob v. Dandau und der Rosalie Dandau, wurde ebenfalls Gräfin. Sie heiratete 1904 Ernst Fichtler Grafen von Treuberg auf Schloß Hohen. Auch die Fichtlers sind Juden, aber ein Nikolaus Fichtler heiratete eine Prinzessin von Hohenzollern-Sigmaringen und wurde durch sein Grafen v. Treuberg, und bei der Sohn, schon ein Graf.

Heiratete die Tochter Johanna des Kaisers von Hebra 1. von Brasilien; deren Sohn heiratete eine von Fichtler und deren Sohn wieder die Henriette v. Kaufmann-Meyer, die rote Gräfin Treuberg, die auch im politischen Leben des Reiches eine Rolle spielte.

Die Gattin des neuen Pressescheffs ist keine Jüdin, sie ist die Tochter des vor einem Jahr verstorbenen Hof-Preussischen Staatsministers Paul v. Breitenbach. Auch der Bruder des Pressescheffs hat eine jüdische Frau, Dr. med. Wilhelm von Kaufmann-Meyer ist verheiratet mit der bekannten Filmschauspielerin Henry Porten.

Judenangst in Hessen

Der Zentralverein „Deutscher“ Staatsbürger jüdischen „Glaubens“ geht schnorer.

Der bekannte günstige Wind hat uns ein interessantes Zeitdokument in die Hände gespielt. Der Zentralverein, jener berühmte Bund der Juden in Deutschland, dem bekanntlich auch der Reichstagsführer „Berschard“ Weis angehört, verweigert in seine Mitglieder in Hessen folgende Schreiben:

Zentralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Landesverband Hessen-Nassau und Hessen.

Frankfurt a. M., im Juni 1932.

Stimmzug 9, Zimmer 111.

An unsere Ortsgruppen, Vertrauensmänner und Einzelmitglieder! An alle jüdischen Gemeinden im Freistaat Hessen!

Ganz Deutschland steht gespannt auf den Ausgang der Stimmwahl vom 19. Juni.

Geführt ist, die nationalsozialistische Welle zum Stillstand zu bringen — und dafür sind Angelegenheiten vorhanden — dann wird dieser Wahlausgang die Reichspolitik entscheidend beeinflussen.

Was uns Juden bei einem nationalsozialistischen Wahlsieg droht, muß jeder politisch Einsichtige wissen. Wer seine wirtschaftliche und politische Existenz wahren und sich gegen Entwertung und die Angriffe auf unsere Gewissensfreiheit (Schädigung) wehren will, muß mit uns kämpfen!

Hilft hat völlig recht, wenn er nach den Freiwahlen seinen Angehörigen sagt:

„Dieser Erfolg ist nicht das Ergebnis irgendeiner klugen Taktik, sondern die Frucht einer andauernden und unermüdeten, fleißigen Arbeit. Was die politische Organisation und die Propaganda in diesen Wochen geleistet haben, ist einzig dastehend!“

und mit dem Angebot besser und umfassender Agitation wehren.

Wir sind machtlos, wenn uns die Mittel fehlen!

Wir kennen die schweren wirtschaftlichen Sorgen jedes einzelnen Freundes. Wir bitten trotzdem, dieses Mal wirklich finanzielle Opfer zu bringen!

Freunde! Laßt uns nicht im Stich! Schickt uns umgehend Sonderpenden für den Hessischen Kampfbund!

Wagt in jedes jüdische Haus und bittet jeden Freund um ein wirkliches Opfer, um einen Kampfbetrag, der so hoch ist, wie jedem einzelnen die Verteidigung seiner Existenz und seiner Ehre wert ist!

Jeder Freund, der uns als Kampfbetrag zugeht, wird reiflich im Dienste der heiligen Wohlarbeit verwandt.

Jögert nicht einen Tag! Nur wenn wir bald Mittel haben, können wir arbeiten.

Mit vorzüglicher Hochachtung! Landesverband Hessen-Nassau und Hessen des Zentralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

J. A. Dr. Maninger, Vorsitzender.

Also die politische und wirtschaftliche Existenz der Juden ist durch die NSDAP gefährdet! Sie merken aber auch alles, langsam ist es ihnen nur doch klar geworden, daß bald ihr Ständlein gefährdet ist, daß es dann zu Ende ist mit jüdisch-politischer Macht, mit Warenhaus und Einzelhandelsbetrieben, daß es Schluß ist, ganz besonders in Hessen mit dem blutgierigen Treiben der Viehjuden und Bodenpekulanten, Schluß auch mit der elenden, sadistischen Tierquälerei des Schädigens, worunter die Hebräer (siehe oben) ihre Gewissensfreiheit verstehen.

Ja wohl, durch fleißige Arbeit, unermüdetlich

Leistung auch unserer armen Parteigenossen wurden unsere Siege errungen, nicht mit „Mitteln“ und „Mitteln“, worum die heilige Jüdischheit jetzt bettelt.

Auch diesmal wird die „Welle“ nicht zum Stillstand kommen, nein, ganz im Gegenteil.

Mit „Mitteln“ baut und befreit man nun mal seinen Staat, Blut, Glaube, Arbeit und Jöde, das sind die Bausteine, die Jahrhunderte überdauern werden.

Ganz gleich, wenn man jetzt wieder mit den „Mitteln“ spiden und dengen wird, wir haben diese Bausteine, die nötig sind, und daß wir zu bauen verstehen, das werden wir in nächster Zeit schon beweisen!

Unser schlimmster Feind die Judenfurcht

Sagt Richard Wagner.

In Nr. 13, 457, veröffentlicht das „N. N. J.“ zwei noch unbekannte Briefe Richard Wagners. Das zweite Schreiben des Bayreuther Meisters bezieht sich auf den ungeliebten Kaiser, den seine kühne Schrift „Das Judentum in der Musik“ bekanntlich in der ganzen Jüdischheit herbeigerufen und die wieder zur Folge hatte, daß zum Beispiel in Wien „Die Meisterfinger von Nürnberg“ ausgepfiffen wurden. Wie sehr den Juden Wagners Abhandlung auf die Nerven ging, zeigte sich vor allem darin, daß sie mit nicht weniger als rund hundert Gegenchriften aus jüdischer oder philosophischer Feder dagegen kamen weniger Jahren andauerte!

Das an den Schriftsteller Oswald Marbach unterm 9. April 1869 gerichtete Schreiben lautet:

„Mit der Veröffentlichung des „Judentums“ konnte ich natürlich gar nichts anderes bezwecken wollen, als daß es eben gelesen würde, wozu denn das Geheiß der Juden gerade verfallen mußte. Letztendlich scheinen mir die Herren Juden jetzt nicht viel mehr anhaben zu können; in Paris — wo die deutsche Jüdischheit gerade in der Musik alles dominiert, und dies um so ungenierter, weil ihre Eigenschaft als Juden dies den Franzosen nicht anfallsig ist — haben sie meinem vorigen Dienstag dort aufgeführten „Rienzi“ nichts anhaben können. Dies macht mir die ganze Angelegenheit besonders interessant und befährt mich in der Musik.“

daß unser schlimmster Feind jetzt unsere allgemeine Furcht und Feigheit ist.“

An dieser Judenfurcht litt bekanntlich schon Cicero.

Wie ein „Judekind“ evangelisch getauft wurde!

Die „Deutsche“, Nr. 8, berichtet von folgendem Fall. In einer Gemeinde wird einem jungen Pfarrer — die Frau hatte bis zur Ehe bei einem Juden in Dienst gestanden — kurz nach der Hochzeit ein Kind geboren, das ausfallen jüdisches Aussehen hat. Der Gemeindevorstand hat das Kind zur Taufe an, erklärt sich aber auf Zureden des Pfarrers bereit, das Kind in einem jüdischen Kinderheim unterzubringen. Weshalb zieht er diese Einwilligung zurück und verlangt erneut die Taufe, nachdem er von dem Juden eine entsprechende Geldsumme erhalten hat! Der Pfarrer unterbreitet den Fall seiner kirchlichen Behörde und begründet die Verweigerung der Taufe mit dem Hinweis darauf, daß die Schenkung in der Gemeinde allgemein bekannt sei, das Kind, falls es durch die Taufe in die dortige Gemeinde aufgenommen würde, später sicher festlich darunter leiden würde, daß es das „Judekind“ sei. Die Behörde entscheidet: Der dargelegte Tatbestand rechtfertigt in keiner Weise die Verweigerung der Taufe. Die Universalität des Heilswillens Gottes erduldet keine Einschränkung durch rassenspezifische Erwägungen.“ Die Taufe des Kindes wurde dann durch einen Kollegen des Ortspfarrers vollzogen.

Man machte sich also in diesem Falle bewußt (schuldig der Verletzung der Rassenfurcht!) Wie glauben, daß Luther heute ganz anders geurteilt hätte. Weiter ist auch dieser Fall wieder höchst bezeichnend für die rassenfurchtliche Gefahr, der deutsche Dienstmannschaft ausgelegt ist, wenn sie bei Juden dienen.

„Kultur bolschewismus“

Es ist ja seit langem kein Geheimnis mehr, daß seitens des Judentums planmäßig an der Entfaltung der arischen Völker, vor allem des deutschen, gearbeitet wird. Schon B. Meier hat in seinem Werk: „Judas Schabach“ und „Baruch in seinem Heft: „Kultur bolschewismus“ die Beweise hierfür in Fülle und Fülle erbracht. Neuer und gewaltig vermehrter Stoff enthält das vom Verlag „Der Kampf“ in Erfurt, Wartburgstraße 88, herausgegebene, sechs Bände umfassende Nachschlagewerk „Sigilla Welt“, Gerni-Erfurt Nr. 2. Da dieses große Werk aber nicht für jedermann erschwingbar und auch nicht zugänglich ist (es wird nur an einen kleinen Kreis von Interessierten Bedingungen verabschiedet), hat der Verlag dankenswerterweise einen Sonderabdruck des wichtigsten Teiles desselben unter dem Stichwort „Kultur bolschewismus“ und unter der Bezeichnung „Arische Völker, woher eure heiligen Güter!“ zum Preise von 0,60 RM. p. Stk. (10 Stk. 5 RM.) herstellen lassen. Zu bequemer Überfahrt enthält dieses Heft all die Ungeheuerlichkeiten die von Angehörigen des Judentums verübt sind, um das was dem Germanen heilig ist und seinem Volkstum halt gibt, in den Schmutz zu ziehen und ihm damit seine Seelen zu fressen. Hier ist dem deutschen Volke eine äußerst brauchbare Waffe in den Kampf um sein Dasein in die Hand gegeben!

Wann wird diesen Renten das Handwerk